

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 1 | 12. Januar 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

nach einer langen Nacht der Sondierungsverhandlungen haben Union und SPD sich auf ein gemeinsames Ergebnispapier einigen können. Wir freuen uns über gute Ergebnisse. Wie unsere Kanzlerin heute sagte: „Wer keinen Unterschied zwischen SPD und CDU sieht, dem wünsche ich mal so eine Nacht wie heute“. Als nächstes muss die SPD am 21. Januar auf ihrem Bundesparteitag über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen abstimmen. In diesem Newsletter finden Sie eine kurze Übersicht zu den Themen. Wenn Sie das gesamte Papier lesen möchten, klicken Sie [hier](#).

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

M. Heil

Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Email: mechthild.heil@bundestag.de
Telefon (030) 227 77040
Telefax (030) 227 76423

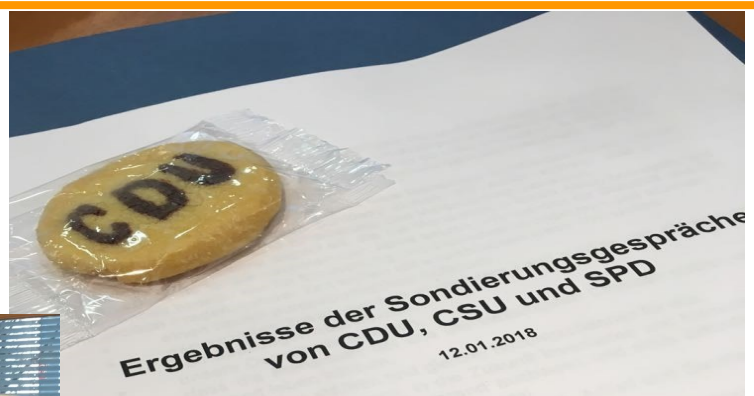


Web: www.mechthild-heil.de

Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil

Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil



Familien:

Wir erhöhen das Kindergeld in zwei Schritten um insgesamt 25 Euro, der steuerliche Kinderfreibetrag wird entsprechend angehoben. Für diese Maßnahme sind in den nächsten vier Jahren 3,5 Mrd. Euro eingeplant.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt maßgeblich von der Verfügbarkeit und Qualität der Kinderbetreuung ab. Daher unterstützen wir Länder und Kommunen weiterhin beim Ausbau und bei der Qualitätssteigerung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter einführen. Für den Bereich Familien, Kinder und Soziales stehen insgesamt 12 Mrd. Euro zur Verfügung.

Gesundheit/Pflege:

Medizinische wie pflegerische Versorgung müssen für alle Bürgerinnen und Bürger jederzeit verfügbar sein. Wir wollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege verbessern. Hierbei setzen wir auf Tarifverträge. Darüber hinaus sollen 8.000 neue Stellen für Fachkräfte in Pflegeeinrichtungen geschaffen werden. Den Sofortmaßnahmen sollen weitere Schritte folgen. Die Krankenversicherung soll wieder paritätisch finanziert werden, das heißt zu gleichen Teilen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dies soll auch für die Zusatzbeiträge gelten.

Ländliche Räume/Umweltschutz:

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in urbanen und ländlichen Räumen ist ein wichtiges Ziel. Strukturschwächen, insbesondere im ländlichen Raum, werden wir bekämpfen, beispielsweise durch Dezentralisierungsstrategien. Eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird hier konkrete Vorschläge erarbeiten.

Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Natur bewahren. Dazu setzen wir verschiedene Maßnahmen wie Programme zur Biodiversität, Artenschutz und Insekten-schutz um. Wir wollen die Vermüllung der Weltmeere eindämmen und Müllvermeidung und Recycling stärken.

Innenpolitik/Migration/Recht:

Im Bereich Innenpolitik, Migration und Recht konnten wir wichtige Unionsforderungen durchsetzen. So wollen wir bei Bund und Ländern insgesamt 15.000 zusätzliche Stellen für Polizei und Sicherheitsbehörden schaffen und in der Justiz mindestens 2.000 neue Stellen bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Vollzugsbehörden.

Wir werden Präventionsprogramme zur Vorbeugung gegen Kriminalität stärken, z.B. das KfW-Programm zur Förderung von verbessertem Einbruchschutz.

Im Bereich Migration haben wir das Ziel einer Aufnahme vom maximal 180.000 bis 220.000 Flüchtlingen pro Jahr festgeschrieben. Noch im Januar soll der Deutsche Bundestag über eine Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte um sechs Monate beraten. Anschließend soll, unter deutlich strengeren Bedingungen als früher, für eine Zahl von höchstens 1.000 Menschen pro Monat ein Familiennachzug ermöglicht werden. Für den Zuzug qualifizierter Fachkräfte werden wir ein gesondertes Fachkräfteeinwanderungsgesetz schaffen.

Asylverfahren sollen in der Qualität erhöht und möglichst effizienter und zügiger durchgeführt werden. Dafür wollen wir deutschlandweit zentrale Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungszentren einführen. Flüchtlinge mit nur geringen Anerkennungschancen sollen möglichst gar nicht erst auf die Kommunen verteilt, sondern gleich aus den Aufnahmezentren in ihre Heimat zurückgeführt werden. Zur Verfahrensbeschleunigung haben wir vereinbart, Algerien, Marokko und Tunesien sowie weitere Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu bestimmen.

In der Rechtspolitik wollen wir der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte konsequent entgegenwirken. Wir haben vereinbart, den Opferschutz zu stärken und das Zivilrecht an die Folgen der Digitalisierung anzupassen. Das Urheberrecht soll überarbeitet und das Familienrecht angepasst werden. Wir werden die Strafprozessordnung modernisieren und z.B. die Verwertbarkeit von DNA-Analysen verbessern.

Bildung:

Wir setzen auch weiterhin darauf, Innovationen zu fördern. Insgesamt 6 Mrd. Euro sollen mehr in die Bildung investiert werden. Wir wollen mindestens 3,5% des BIP für Forschung und Entwicklung aufwenden. Denn Deutschland muss ein Innovationsland bleiben! Für den schulischen Bereich soll es eine Investitionsoffensive und einen nationalen Bildungsrat geben. Die BAföG Leistungen sollen verbessert werden.

Landwirtschaft/Tierhaltung/Verbraucherschutz:

Unser Ziel ist eine nachhaltige flächendeckende Landwirtschaft, sowohl ökologisch als auch konventionell. Wir bauen Bürokratie ab und ermöglichen so mehr Effizienz für eine marktfähige Landwirtschaft und eine nachhaltige Produktion gesunder Lebensmittel. Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab, ein Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen werden wir bundesweit regeln. Durch ein Tierwohllabel machen wir es für Verbraucher einfacher Produkte zu erkennen, die unter höheren Tierhaltungsstandards produziert wurden.

Den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln werden wir, durch eine systematische Minderungsstrategie, deutlich einschränken. Das Ziel ist es, die Anwendung schnellstmöglich vollständig zu beenden. Dazu werden wir geeignete Alternativen im Rahmen einer Ackerbaustrategie entwickeln.

Durch die Einführung einer Musterfeststellungsklage werden wir die Rechtsdurchsetzung für Verbraucher verbessern.

Steuern/Sozialversicherungen:

Im Bereich Steuern und Sozialversicherungen wollen wir die finanziellen Spielräume nutzen, um insbesondere untere und mittlere Einkommen zu entlasten. Jeglichen Steuererhöhungsplänen der SPD konnten wir in den Sondierungsverhandlungen erfolgreich eine Absage erteilen. Die Entlastung soll (neben der Erhöhung des Kindergeldes und der Erhöhung des Kinderfreibetrags) vor allem durch einen Abbau des Solidaritätszuschlags erreicht werden. Wir wollen in dieser Legislaturperiode mit einer Freigrenze beim Soli erreichen, dass rund 90% aller Steuerzahler keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen müssen.

Bei den Sozialabgaben haben wir vereinbart, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3% zu senken. Die zukünftig wieder paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wird voraussichtlich auch zu einer Entlastung der Arbeitnehmer führen.

Geringverdiener werden wir durch die Ausweitung der Midi-Jobs zusätzlich bei den Sozialbeiträgen entlastet. Wir sind uns mit der SPD einig, dass die Sozialversicherungsbeiträge insgesamt dauerhaft unter 40% bleiben sollen.

Die Rente soll bis 2025 auf dem heutigen Niveau gesichert werden. Für Menschen mit über 35 Jahren Beitragszeiten werden wir eine Grundrente einführen, die 10% über dem Grundversicherungsbedarf liegen soll. Bei der Erwerbsunfähigkeitsrente wollen wir die in der letzten Legislaturperiode begonnenen Verbesserungen fortführen. Der Bund wird die Rentenkasse entlasten, indem ein höherer Anteil der Ansprüche aus Versorgungssystemen der DDR künftig übernommen und aus Steuermitteln bezahlt wird.

Digitales:

Wir wollen einen flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025. Hierfür werden die Erlöse aus der Vergabe der UMTS- und 5G-Lizenzen zweckgebunden bereitgestellt. Wir setzen auf Glasfasertechnologie und werden mit Ausbauforderungen bestehende Funklücken schließen. Darüber hinaus sollen Netzneutralität und diskriminierungsfreier Netzzugang gewährleistet werden.